

**Laut Empa-Studie
Plastik-Belastung
in Böden grösser
als in Gewässern**

BERN Jahr für Jahr gelangen über 5000 Tonnen Plastik in die Schweizer Böden und Gewässer, vor allem, weil Abfälle achtlos weggeworfen werden. Das zeigt eine Studie der Empa im Auftrag des Bundes. Nicht eingerechnet ist der Abrieb von Autopneus. Die Studie konzentrierte sich auf sieben Kunststoffe in Verpackungen, in Textilien oder in Folien, die in der Landwirtschaft verwendet werden, wie die Empa am Freitag schrieb. Die Forscherinnen und Forscher verfolgten den Weg des Plastiks von der Herstellung bis zur Entsorgung. Auf dieser Grundlage machten sie eine Modellrechnung. Rund 5000 Tonnen Plastik landen jedes Jahr auf und in Schweizer Böden, das sind 0,7 Prozent des Verbrauchs der sieben untersuchten Kunststoffe. In den Gewässern sind es demgegenüber lediglich rund 115 Tonnen. Untersucht wurde der Eintrag von Makroplastik - grösser als fünf Millimeter - sowie von Mikroplastik. Darunter werden Partikel von unter fünf Millimetern Grösse verstanden. Dass rund 40 Mal mehr Plastik auf und in die Böden gelangt als ins Wasser, führen die Forscherinnen und Forscher vor allem auf das achtlose Wegwerfen von Abfällen zurück, das sogenannte Littering. Auch wenn diese Abfälle eingesammelt werden, bleiben doch Reste übrig, die die Böden belasten. Plastikstücke von mehr als fünf Millimeter Grösse können zudem von Verpackungsresten stammen, die im kompostierbaren Abfall landen. Konsumentinnen und Konsumenten müssten vermehrt darauf aufmerksam gemacht werden, dass Wegwerf-Verpackungen in den Abfall gehören, schrieb die Empa. Hauptquellen von Mikroplastik im Boden sind laut der Empa die Landwirtschaft und die Bauwirtschaft, freigesetzt durch den Zerfall von Folien und Rohrleitungen oder den Rückbau von Isolationen an Häusern. Mikroplastik kann aber in geringerem Masse auch von der Abfallentsorgung stammen, wenn Kunststoffabfälle für das Recycling zerkleinert werden. Mikroplastik in Gewässern stammt vor allem von Kunstfaserkleidern und Kosmetika. Gemessen an der modellierten Belastung der Böden seien diese Quellen gering, so die Empa. Auch filtern effiziente Kläranlagen einen grossen Teil des Mikroplastiks aus dem Abwasser heraus. Eine Gefährdung für Wasserorganismen bestehe in Europa nicht. Um ein Gesamtbild der Plastikverschmutzung zu erhalten, müsse auch der Abrieb von Autopneus berücksichtigt werden, schrieb die Empa. Mehrere Studien hätten gezeigt, dass Reifen die grösste Quelle von Mikroplastik seien. Die Empa hat dazu eine Untersuchung am laufen. (sda)

**Aus der Region
Raser am Ricken
muss Führerschein
und Auto abgeben**

RICKEN Ein 22-jähriger Schweizer ist am Donnerstagabend mit 163 Stundenkilometern (km/h) über die Rickenstrasse gerast. Die Polizei nahm dem Schweizer den Führerschein ab und stellte sein Auto sicher. Ein 32-jähriger Autofahrer, der auf derselben Strecke mit 120 km/h unterwegs war, musste den Führerschein ebenfalls abgeben. Die Geschwindigkeitsmessungen wurden im Ausserortsbereich bei Ricken durchgeführt, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Dort sind 80 km/h erlaubt. (sda)

Nigg: «Ich freue mich, mit anderen Jugendlichen etwas zu bewirken»

Interview Valerie Nigg wurde vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten zur ersten Jugenddelegierten Liechtensteins ernannt. Sie wird dieses Ehrenamt für ein Jahr ausführen. Über ihre Aufgaben und Vorstellungen sprach sie mit dem «Volksblatt».

VON DOMINIQUE HASLER

«Volksblatt:» Man sagt der «Jugend von heute» ja immer wieder nach, politikverdrossen zu sein. Sie beweisen das genaue Gegenteil. Warum haben Sie sich für diese Stelle beworben?

Valerie Nigg: Ich war bereits während meiner Zeit im Gymnasium sehr aktiv in politischen Bereichen. Damals war ich in zwei verschiedenen Jugendparlamenten und habe die Schweiz international vertreten dürfen. Ich habe mich also immer schon für Politik interessiert, was für mein Alter vielleicht nicht ganz so gewöhnlich ist. Von der Stelle habe ich erfahren, als eines Tages meine Mama dieses Stelleninserat ausgeschnitten und mir auf den Tisch gelegt hat. Als ich diese aussergewöhnliche Möglichkeit gesehen habe, musste ich keine Sekunde überlegen und dachte mir: Das muss ich machen. Ich freue mich, daher schon sehr darauf, mit anderen Jugendlichen etwas bewirken zu können.

Sie werden nächste Woche am 18. Juli an der UNO-Konferenz zusammen mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten teilnehmen. Dabei wird der Nachhaltigkeitsbericht mit den 17 Zielen vorgestellt. Was interessiert Sie dabei am meisten?

Ich habe mir natürlich diese Nachhaltigkeitsziele bzw. den Nachhaltigkeitsbericht genau angeschaut und habe drei Schwerpunkte für mich gefunden, die für mich sehr wichtig sind. Erstens wäre dies der Umweltschutz und Klimawandel. Für mich ist es eine super Möglichkeit, in Austausch mit vielen verschiedenen Menschen zu treten, da dies natürlich ein Thema ist, das meine Genera-

tion speziell betrifft und bewegt. Der zweite Punkt, den ich sehr wichtig finde, sind Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Liechtenstein engagiert sich sehr stark in diesem Bereich mit dem Syrien-Mechanismus und der Liechtenstein Initiative. Ich finde, dies sind sehr aussergewöhnliche und bemerkenswerte Projekte, die der Bevölkerung leider nicht so bekannt sind. Von daher freue ich mich darauf, einen näheren Einblick in diese Tätigkeit zu bekommen. Der dritte Punkt wäre noch die Entwicklungshilfe. Das ist eine Herzensangelegenheit für mich, da ich fünf Monate in Afrika war und dar-

um live mitbekommen habe, was man mit Hilfe alles bewirken kann. Ich sehe dies als wichtigen Pfeiler für die Aussenpolitik. Das sind so meine Schwer-

punkte und ich werde dabei auf verschiedene Leute und Organisationen zugehen und das Gespräch mit ihnen suchen. Ich hoffe darauf, in diesen Bereichen etwas bewirken zu können.

Eine Ihrer Aufgaben wird sein, die Liechtensteiner Jugend für aussenpolitische Themen zu sensibilisieren. Wie genau wollen Sie das machen?

Das ist sicher keine ganz leichte Aufgabe. Wenn es jemanden überhaupt nicht interessiert, kann man da leider nicht viel machen. Ich finde aber auch, dass dies den Jugendlichen viel zu wenig zugänglich gemacht wird. Ich habe vor, bei der UNO-Konferenz nächste Woche einen kleinen Film zu drehen, um den Jugendlichen zu zeigen, dass man auch schon in jungen Jahren involviert sein kann

und auch Gehör findet. Ich finde es daher wichtig, dass man dies den Jugendlichen schon früh aufzeigt. Auf welchem Weg das genau passieren wird, wird sich dann noch zeigen.

Gleichzeitig sollen Sie die Interessen der liechtensteinischen Jugend international vertreten. Wo sehen Sie diese Interessen der Jugend in Liechtenstein?

Ich finde, man sieht dies ganz klar an der Klimadebatte. Normalerweise ist die Jugend in politischen Fragen eher zurückhaltend. Aber wie man zum Beispiel bei der Klimaorganisation

im Gymnasium sieht, besteht bei diesem speziellen Thema sehr wohl ein Interesse der Jugend. Es ist wichtig, dass man sich für den Klimaschutz engagiert und der Jugend dabei Gehör verschafft, da es unsere Generation ja im Speziellen treffen wird.

Mit welchen Organisationen wollen Sie diesbezüglich Kontakt aufnehmen?

Die Klimaorganisation im Gymnasium liegt dabei sicher auf der Hand. Was ich auch wichtig finde ist, mit den Jungparteien und mit dem Jugendrat zu sprechen. Diese empfinde ich als sehr engagiert. Klar ist für mich auch, dass ich mit Schulen zusammenarbeiten werde. Primarschulen fallen da eher weg, aber mit weiterführenden Schulen werde ich sicher Kontakt aufnehmen. Da werde ich schauen müssen, was sich genau ergibt. Ich würde mich sehr freuen, mich mit verschiedenen Organisationen auszutauschen.

Wenn Sie nun an Ihre Zukunft denken, können Sie sich später vorstellen, in die Politik zu gehen?

Das ist eine schwierige Frage, aber ich glaube eigentlich eher nicht. Ein Ziel, das ich seit mehreren Jahren habe, ist, einmal für die UNO arbeiten zu können. Dabei interessieren mich die Bereiche Menschenrechte und Entwicklungshilfe am meisten. Ich finde, dass ich da mehr bewirken kann als in der Politik.

Die 18-jährige Triesenerin Valerie Nigg soll Liechtensteins Jugend international vertreten.

(Foto: Michael Zanghellini)



Abfallplanung 2070: Umweltbericht ist nun Sache der Bevölkerung

Stellungnahme Wie soll mit den Deponieabfällen im Land bis 2070 umgegangen werden? Das Amt für Umwelt legt seinen Bericht im Rahmen der Strategischen Umweltplanung nun der Öffentlichkeit vor.

Bereits seit dem Jahr 2010 ist das Amt für Umwelt mit den Vorbereitungen der Liechtensteiner Abfallplanung 2070 beschäftigt. Ziel der Abfallplanung sei es, für alle in Liechtenstein anfallende Abfallarten den Ist-Zustand, den Handlungsbedarf sowie Massnahmen bis 2070 darzustellen, damit eine Entsorgung der in Liechtenstein anfallenden Abfälle langfristig gesichert werden kann. Mit dem vierten und bislang längsten Teilbericht liegt nun der Entwurf des Umweltberichts für die Strategische Umweltprüfung (SUP) vor. Dieser wurde nach der Vernehmlassung im Herbst 2017 noch einmal überarbeitet und nun im Sinne des SUP der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorgelegt. Der Fokus liegt dabei auf der Deponielagerung für verschmutzte (z. B. Aushub) und verschmutzte (z. B. Abrissschutt) Inertstoffe sowie Reaktorstoffe (Klärschlamm etc.) und Grün- gut. Der Bericht präsentiert dabei den Handlungsbedarf und verschiedene, mögliche Massnahmen auf Gemeinde- und Landesebene mit speziellem

Blick auf deren Umweltverträglichkeit.

Verstärkte Kooperation

Da nicht alle Gemeinden Deponien bzw. Potenzial dafür haben, werde die Kooperation zwischen den Gemeinden immer wichtiger. Diese solle deshalb auch intensiviert werden. Hier würde vor allem eine landesweite Kooperation aller elf Gemeinden im Sinne eines Zweckverbandes positiv bewertet. Um dies zu erreichen, sei es laut Bericht aber durchaus zweckmässig, zuerst ein Zusammenwirken zwischen einzelnen oder mehreren Nachbargemeinden zu fördern und gemeinsam mit Unterstützung der zuständigen Landesstellen überkommunale Einzugsgebiete für die bestgeeigneten Deponiestandorte zu definieren. Zwischen den Unterländer Gemeinden gemeinsam mit Planken und Schaan existiere bereits heute ein gemeinsames Deponiekonzept, im Oberland stehe diese Lösung noch aus. Wobei es vertragliche Regelungen zwischen einzelnen Gemeinden gebe.

Abseits potenzieller neuer Deponiestandorte, wie beispielsweise der Freiaberg in Balzers oder die Nendler Rufe in Schaan, soll die Abfallplanung ein Augenmerk darauf legen, dass weniger Material seinen Weg auf die Deponien findet. In Kombination mit einer verstärkten landesweiten Kooperation könne so auch die Notwendigkeit neuer Standorte verzögert werden. So könne beispielsweise

unverschmutzter Aushub direkt vor Ort verwertet oder in grossflächigen Auflandungen deponiert werden, so ein Ansatz. Bei Bauabfällen spiele das Verwerten von recyclebaren Materialien eine Rolle. Reaktorstoffe müssten auch weiterhin ins Ausland verbracht werden, da im Land eine geeignete Lagerstätte fehle. Es müsse jedoch eine Alternative zur Deponie Lienz gefunden werden, da hier der Vertrag bald auslaufe. Bei Klärschlamm könne zudem durch die Phosphorrückgewinnung das ins Ausland exportierte Volumen reduziert werden.

Fragen offen

Wie das Amt für Umwelt im Bericht anmerkt, habe das 128-seitige Dokument aber längst nicht alle Fragen abschliessend klären können. Da es sich bei der Abfallplanung jedoch um eine rollende Planung handele, könnten auch in Zukunft neue Erkenntnisse aufgenommen und integriert werden. Trotz allem stelle das vorliegende Dokument einen wertvollen Beitrag an die Abfallwirtschaft in Liechtenstein dar und zeige eine detaillierte Übersicht und neue Erkenntnisse über die Abfalllandschaft des Fürstentums. (alb)

Der Bericht ist digital verfügbar und kann auf der Homepage des Amtes für Umwelt unter der Rubrik «Liechtensteiner Abfallplanung 2070» heruntergeladen werden. Dort ist auch ein Formular für die Stellungnahme abrufbar. Das ausgefüllte Formular ist bis zum 13. September 2019 elektronisch an das Amt für Umwelt zuhanden von sven.buerzle@llv.li zu übermitteln.

ANZEIGE



baustelleninfo

**Landstrasse Triesenberg
Leitawis - Heusträffl**



Das Amt für Bau und Infrastruktur hat am Montag, den 8. Juli 2019 mit den Vorarbeiten für die Belagssanierung im Bereich Sportplatz Leitawis bis Restaurant Heusträffl begonnen. Für den Einbau des Belages muss die Strasse aufgrund der engen Platzverhältnisse und aus Gründen der Qualität für sämtlichen Verkehr gesperrt werden. Die Belagsarbeiten werden am Montag, den 15. und Dienstag, den 16. Juli 2019, jeweils ab 18.00 Uhr ausgeführt. Die Strasse bleibt in der Nacht bis 05.00 Uhr gesperrt. Während dieser Zeit wird der Verkehr über die Sportplatz- und Hegastrasse umgeleitet. Bei schlechter Witterung verschiebt sich der Einbau jeweils um einen Tag.

Für Ihr Verständnis bedanken wir uns im Voraus.

AMT FÜR BAU UND INFRASTRUKTUR
www.abi.llv.li

ANZEIGE

Das «Volksblatt»
Zwitscher: @volksblatt



Volksblatt